

EU-Jordanien-Gipfeltreffen: Symbolischer Schritt für eine strategische Partnerschaft

Das erste bilaterale EU-Jordanien-Gipfeltreffen diente vor allem als politisches Signal für die Verlässlichkeit und Konsolidierung der Partnerschaft

Veronika Ertl, Laura Schranz

Mit dem ersten bilateralen Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union (EU) und Jordanien setzten beide Akteure ein Signal für die Vertiefung ihrer Partnerschaft in Zeiten regionaler Instabilität im Nahen Osten. Mit ihrer Unterstützung für Jordanien möchte die EU das Partnerland in seiner wichtigen stabilisierenden Rolle in der Region stärken und entsprechend zur internen Stabilität des Landes beitragen, insbesondere durch die Ankurbelung der Wirtschaft. Für die EU bietet die vertiefte Partnerschaft außerdem eine Gelegenheit, sich im Kontext der zunehmend unberechenbaren US-Außenpolitik als verlässlicher Partner und Akteur im Nahen Osten zu profilieren.

Direkt zu Beginn des neuen Jahres fand am 8. Januar 2026 in Amman das erste bilaterale Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und Jordanien statt. Das Treffen fiel damit in eine Zeit anhaltender regionaler Krisen und Instabilität sowie globaler Spannungen. Für Jordanien ist diese Situation nicht neu: Das Land findet sich seit geheimer Zeit in einer volatilen und von Konflikten geprägten Nachbarschaft wieder, die trotz großer Anstrengungen seine wirtschaftliche Entwicklung, politische Stabilität und Sicherheit zunehmend herausfordert. Gleichzeitig agiert Jordanien als stabilisierender und vermittelnder Akteur in der Region, der neben seinen engen Beziehungen mit regionalen Partnern auch ein wichtiger Verbündeter westlicher Staaten und der EU ist.

Vor dem Hintergrund der wichtigen Rolle Jordaniens in der Region wurde im Januar 2025 mit der Schließung einer Strategischen und Umfassenden Partnerschaft (*Strategic and Comprehensive Partnership*) bereits die Vertiefung der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Jordanien angestoßen. Durch das bilaterale Gipfelformat sollte nun eine Bestandsaufnahme nach dem ersten Jahr der vertieften Partnerschaft stattfinden. Daneben diente der Gipfel auch als politisches Signal hinsichtlich der Relevanz Jordaniens für

regionale Sicherheit und Stabilität und der europäischen Unterstützung für das Land.

Schritt für Schritt: Die EU-Jordanien-Partnerschaft

Die Beziehungen zwischen der EU und Jordanien beruhen seit 2002 auf dem EU-Jordanien-Assoziierungsabkommen. Im Vergleich zu anderen Partnern im südlichen Mittelmeerraum, wie Ägypten, Israel, oder Marokko, nimmt Jordanien jedoch in der europäischen Außenpolitik traditionell eher eine nachgeordnete Rolle ein. Insbesondere im letzten Jahrzehnt hat Jordanien aber als Stabilitätsanker in einer konfliktgeprägten Region erheblich an Bedeutung gewonnen. Hierbei beweist Jordanien ausgeprägtes diplomatisches Geschick, um Erwartungen und Interessen regionaler und internationaler Partner auszubalancieren und seine eigene Sicherheit und Stabilität zu wahren.

Für Jordanien ist die EU de facto einer der wichtigsten externen Unterstützer. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit, wirtschaftliche Stabilisierung und Flüchtlingshilfe. So stellte die EU seit Beginn des Syrienkriegs und der damit verbundenen Aufnahme von über einer Million syrischer Geflüchteter durch Jordanien mehr als vier Milliarden Euro an

humanitärer Hilfe und mikrofinanzieller Unterstützung bereit.¹ Darüber hinaus war die EU 2024 Jordaniens drittgrößter Handelspartner.² Diese faktische Bedeutung der EU spiegelt sich jedoch nur sehr begrenzt in der Wahrnehmung der jordanischen Bevölkerung wider. In Umfragen zu außenpolitischen Partnerschaften rangiert die EU mit Blick auf die wahrgenommene politische und wirtschaftliche Relevanz weit abgeschlagen hinter Akteuren wie den USA, Saudi-Arabien und anderen regionalen Akteuren.³

Bemühungen zur Intensivierung

Vor dem Hintergrund der regionalen Entwicklungen und der wichtigen Rolle Jordaniens versuchte die EU seit einigen Jahren, ihre Beziehungen zu Jordanien auszubauen und politisch zu schärfen. So wurden im Kontext der Neuen Agenda für den Mittelmeerraum (*New Agenda for the Mediterranean*) im Juni 2022 die Partnerschaftsprioritäten EU-Jordanien für 2021 bis 2027 verabschiedet. Sie konkretisieren die Ziele des Assoziierungsabkommens und definieren zentrale Kooperationsfelder, darunter wirtschaftliche Resilienz, Reformen im öffentlichen Sektor, Migration und Flüchtlingschutz, Sicherheit sowie Regierungsführung und Menschenrechte. Die Prioritäten sollten die Zusammenarbeit stärker fokussieren und besser an die tatsächlichen Herausforderungen Jordaniens anpassen, insbesondere vor dem Hintergrund regionaler Krisen und anhaltender wirtschaftlicher Belastungen.

Meilenstein der Partnerschaft

Einen politischen Meilenstein stellte schließlich die Vereinbarung einer Strategischen und Umfassenden Partnerschaft dar, die im Januar 2025 bei einem Besuch des jordanischen Königs Abdullah II. in Brüssel unterzeichnet wurde. Die vertiefte Partnerschaft umfasst fünf zentrale Bereiche:

- Politische und regionale Kooperation für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte;
- Sicherheit und Verteidigung;
- Wirtschaftliche Resilienz, Handel und Investitionen;
- Humankapital;
- Migration sowie Schutz und Unterstützung von Flüchtlingen.

Ziel war dabei, die bisherige Zusammenarbeit noch strategischer aufzustellen und politisch aufzuwerten. Die Strategische und Umfassende Partnerschaft mit Jordanien fügt sich entsprechend auch in die Logik des 2025 verabschiedeten Pakt für den Mittelmeerraum (*Pact for the Mediterranean*) ein, mit dem die EU eine vertiefte regionale Zusammenarbeit im südlichen Mittelmeerraum anstrebt.

Aufmerksamkeit erhielt die Strategische und Umfassende Partnerschaft vor allem aufgrund der finanziellen Zusagen in Höhe von insgesamt drei Milliarden Euro, die im Zuge der Unterzeichnung verkündet wurden. Das Unterstützungs- und Investitionspaket für die Jahre 2025-2027 umfasst 640 Millionen Euro in Form von Zuschüssen, eine Milliarde Euro makrofinanzielle Unterstützung als Kredite zu Vorzugskonditionen sowie etwa 1,4 Milliarden Euro an öffentlichen und privaten Investitionen. Kritische Stimmen bemängelten, dass es sich bei dem Großteil der zugesagten Mittel lediglich um neu verpackte, aber nicht zusätzliche Mittel handelt sowie dass der Löwenanteil der Finanzierung aus noch nicht gesicherten Investitionen besteht, die im Kontext der Zusammenarbeit erst mobilisiert werden sollen. Nichtdestotrotz wurden die Zusagen aus Brüssel in Jordanien als gewichtige Unterstützung und positives Signal für die Verlässlichkeit der Partnerschaft wahrgenommen – insbesondere da sie zu einem Zeitpunkt kamen, als die USA als Jordaniens wichtigster externer Unterstützer die finanziellen Hilfen für das Land eingefroren hatte.⁴

¹ Europäische Kommission 2025, European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations: Jordan, in: https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/ropa.eu/where/middle-east-and-northern-africa/jordan_en?prefLang=de [19.01.2026].

² Europäische Kommission 2025, Trade and Economic Security: Jordan, in: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/jordan_en [19.01.2026].

³ NAMA Strategic Intelligence Solutions and Konrad Adenauer Stiftung, Foreign Relations Survey Wave V - Analytical Report, October 2025.

⁴ Nach dem vorübergehenden Einfrieren der US-Mittel für Jordanien wurde die US-Militär- und Budgethilfe in Höhe von 1,45 Mrd. US-Dollar pro Jahr später wieder aufgenommen. Auch das für die frühere US-Entwicklungshilfeagentur USAID vorgesehene Budget wurde

Das Gipfeltreffen EU-Jordanien: Konsolidierung einer wachsenden Partnerschaft

Das am 8. Januar 2026 in Amman abgehaltene bilaterale Gipfeltreffen zwischen der EU und Jordanien reiht sich entsprechend in die Dynamik zur Vertiefung der Partnerschaft ein. Der Präsident des Europäischen Rates António Costa und die Präsidenten der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen vertraten die EU und wurden vom jordanischen König Abdullah II. gemeinsam mit Kronprinz Hussein empfangen.

Neben dem Austausch zu aktuellen geopolitischen Herausforderungen diente das Gipfeltreffen insbesondere auch als Bestandsaufnahme des ersten Jahres der Strategischen und Umfassenden Partnerschaft, um Fortschritte in der Umsetzung bisheriger Ankündigungen zu überprüfen und Prioritäten sowie konkrete nächste Schritte für die kommenden Jahre zu definieren. Während des Gipfeltreffens wurden keinerlei finanzielle Neuzusagen angekündigt. Vielmehr diente das Treffen dazu, die Umsetzung des im Januar 2025 verkündeten Finanz- und Investitionspakets in Höhe von drei Milliarden Euro voranzutreiben.

Geopolitik: Gemeinsame Interessen und delikate Kompromisse

Zeitlich traf das Gipfeltreffen in eine Phase ausgeprägter regionaler Instabilität in Jordaniens Nachbarschaft, mit den anhaltenden Folgen des Gaza-Krieges, der fragilen Situation in Syrien nach dem Regimewechsel sowie im Libanon, und den regimekritischen Protesten in Iran. Vor diesem Hintergrund nahmen Fragen regionaler Stabilität sowie die Rolle Jordaniens in dieser Hinsicht einen wichtigen Platz in den Gesprächen ein. Die EU-Vertreter betonten dabei ausdrücklich die zentrale Rolle Jordaniens als Stabilitätsanker in einer volatilen Region.

Die Situation in den Palästinensischen Gebieten und der **Nahostkonflikt** finden sich ausführlich und prominent am Anfang der gemeinsamen

Abschlusserklärung wieder.⁵ So werden die Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 2803 zur Zukunft des Gazastreifens und US-Präsident Donald Trumps *Comprehensive Plan to End the Gaza Conflict* begrüßt und zu deren Umsetzung aufgerufen, sowie der uneingeschränkte Zugang für humanitäre Hilfe gefordert. Ebenfalls ausdrücklich erwähnt wird die sich zuspitzende Lage im Westjordanland und Ostjerusalem durch die Angriffe radikaler Siedler und das Voranschreiten der israelischen Siedlungspolitik, die verurteilt werden. Beide Seiten betonen erneut ihre Unterstützung für die Zweistaatenlösung als einzigen Weg zu einer "gerechten, nachhaltigen und umfassenden" Lösung des Nahostkonflikts. Für diese ausführliche Behandlung der Thematik eingesetzt haben dürfte sich insbesondere die jordanische Seite, die sich eine noch deutlichere Sprache in dieser Hinsicht gewünscht hätte, wie sich aus EU-Kreisen vernehmen ließ.

Auch die politische Transition und die Stabilität in **Syrien** nach dem Fall des Assad-Regimes wurden im Rahmen des Gipfeltreffens prominent diskutiert. Als Nachbarland, dessen Entwicklung unmittelbare Auswirkungen auf Jordanien hat (so hat Jordanien im Zuge des syrischen Bürgerkriegs geschätzt rund 1,3 Millionen Flüchtlinge aus dem Land aufgenommen), hat Jordanien ein ausgeprägtes Interesse an der nachhaltigen Stabilisierung und Entwicklung Syriens. Dies würde neben der Reduzierung grenzübergreifender Sicherheitsrisiken und erhöhter Stabilität in der Region auch die Rückkehr syrischer Flüchtlinge ermöglichen sowie Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung Jordaniens bieten. Die EU und Jordanien betonen entsprechend ihre Unterstützung für eine friedliche und syrisch-getragene Transition. Bezuglich der Lage im **Libanon** rufen beide Seiten dazu auf, die territoriale Integrität und Souveränität des Landes zu respektieren und das Waffenstillstandsabkommen aus dem November 2024 vollständig umzusetzen.

Über aktuelle Herausforderungen im regionalen Theater des Nahen Ostens hinaus enthält die

mit deutlich gestützten institutionellen Kapazitäten und eingeschränkten Themenfeldern beibehalten.

⁵ Europäische Kommission 2025: Joint Statement Jordan-EU Summit, 08.01.2026, in:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/en/statement_26_53/STATEMENT_26_53_EN.pdf [19.01.2026].

Abschlusserklärung auch einen Absatz zur **Ukraine**, der sehr allgemein gehalten die Verantwortung aller Staaten betont, in internationalen Beziehungen auf die Androhung oder den Einsatz von Gewalt zu verzichten – Russland jedoch nicht als Aggressor nennt. Berichten zufolge gab es bezüglich der Formulierung im Vorfeld des Gipfeltreffens deutliche Unstimmigkeiten. So weigerte sich die jordanische Seite, die traditionell gute politische Beziehungen zu Russland unterhält, einen härteren Wortlaut zu akzeptieren, der Russland direkt für den Angriff auf die Ukraine kritisiert.⁶⁷

Deutlich betont wurde außerdem die Anerkennung der EU für die wichtige Rolle, die Jordanien für die Stabilität seiner Nachbarschaft spielt, sei es durch die Aufnahme von Flüchtlingen, die Bereitstellung humanitärer Hilfe oder die Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich. Die EU hat ein strategisches Interesse daran, Jordanien in dieser Rolle zu stärken. Darüber hinaus scheint wahrscheinlich, dass die EU sich durch die engere Partnerschaft mit Jordanien – das als zuverlässiger und vertrauenswürdiger Akteur in der Region Anerkennung genießt – auch eine stärkere Rolle in den regionalen Konflikt- und Stabilisierungskontexten erhofft.

Das Abschlussdokument des Gipfeltreffens spiegelt in vielerlei Hinsicht übereinstimmende Interessen und Haltungen mit Blick auf regionale Herausforderungen und die notwendigen Anstrengungen für eine Stabilisierung der Region wider. Unstimmigkeiten im Vorfeld des Treffens in Bezug auf die Formulierungen hinsichtlich des Nahostkonflikts und des Kriegs in der Ukraine weisen nichtsdestotrotz auf teils abweichende Gewichtungen und Einschätzungen zu den jeweiligen Konfliktkontexten und bezüglich der Beziehungen mit einzelnen Konfliktparteien hin. Die Einigung auf die Abschlusserklärung im Sinne einer

Kompromissfindung kann entsprechend als Zeichen des übergreifenden politischen Interesses gewertet werden, die positive Dynamik der vertieften Partnerschaft und der gemeinsamen Interessen davon nicht überschatten zu lassen.

"It's the Economy, Stupid": Wirtschaftliche Beziehungen im Fokus

Neben geopolitischen Fragen nahm im Rahmen des Gipfeltreffens insbesondere das Thema wirtschaftliche Resilienz, Handel und Investitionen eine zentrale Rolle ein. Die jordanische Seite hat aufgrund weitreichender wirtschaftlicher Herausforderungen, intensiviert durch die Aufnahme einer großen Anzahl von Flüchtlingen sowie die Instabilität in seiner Nachbarschaft, ein ausgeprägtes Interesse an engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der EU. Man erhofft sich daraus die Stärkung der allgemeinen wirtschaftlichen Resilienz Jordaniens und die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums durch verbesserte Handelsbeziehungen und wachsende Investitionen. Ein weiterer wichtiger Faktor, der die wirtschaftliche Entwicklung zu einer Top-Priorität macht, ist die anhaltend hohe Arbeitslosenquote im Land (21 Prozent, bei 15- bis 24-Jährigen sogar 40 Prozent), die zunehmend eine Herausforderung für die interne Stabilität darstellt.⁸ Vor diesem Hintergrund entsprechen die Bemühungen der jordanischen Regierung um EU-Unterstützung für seine Wirtschaft der zunehmend von seiner Bevölkerung geäußerten Erwartung, dass politische Partnerschaften konkrete wirtschaftliche Vorteile für das Land bringen sollten.⁹

Die EU hat in diesem Kontext Unterstützung für die ökonomische Modernisierungsvision Jordaniens zugesagt. Bereits im September 2025 wurden im Rahmen eines Makrofinanzhilfeprogramms Darlehen zu Vorzugsbedingungen in Höhe von 500 Mio. EUR an Jordanien vergeben. Diese Summe soll 2026 durch weitere Darlehen ergänzt

⁶ Wax, Eddy 2026: Von der Leyen's road to Damascus, Euractiv, 08.01.2026, in: <https://www.euractiv.com/news/von-der-leyens-road-to-damascus/> [18.01.2026].

⁷ Eine ähnlich vage Formulierung wurde als Kompromiss beim Gipfel mit Ägypten gefunden, während die Abschlusserklärung nach dem EU-GCC Ministertreffen deutlich stärkere Sprache in dieser Hinsicht enthielt.

⁸ Department of Statistics 2025, News: Unemployment Rate, in: https://dosweb.dos.gov.jo/unemp_062025/ [19.01.2026].

⁹ NAMA Strategic Intelligence Solutions and Konrad Adenauer Stiftung, Foreign Relations Survey Wave V - Analytical Report, October 2025.

werden, um die angekündigte Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro im Rahmen des Partnerschaftsabkommens zu erreichen. Darüber hinaus soll ebenfalls Anfang 2026 die erste sektorenübergreifende Budgethilfe für Jordanien unterzeichnet werden.¹⁰ Die Mittel dienen dazu, Jordaniens makroökonomische Stabilität und die Umsetzung zentraler Reformen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen, unter anderem in den Bereichen öffentliche Finanz- und Steuerverwaltung, Arbeits- und Sozialpolitik sowie Korruptionsbekämpfung.

Die Abschlusserklärung betont außerdem die Absicht, durch Mechanismen zur Handelserleichterung und Investitionsförderung mehr privatwirtschaftliche Investitionen zu mobilisieren und die Potenziale für Handel zwischen beiden Partnern zu realisieren. In diesem Sinne vereinbarten beide Seiten als konkreten nächsten Schritt die Abhaltung einer EU-Jordanien-Investitionskonferenz im April 2026, um Investoren beider Länder zusammenzubringen und Investitionen für Projekte zu mobilisieren. Auf der Konferenz wird auch die Ankündigung mehrerer Großprojekte im Bereich Infrastruktur und Konnektivität erwartet. Darüber hinaus soll eine Wirtschafts-Roadshow jordanischer Unternehmen in Europa die Möglichkeit bieten, für Jordanien als Standort und für engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zu werben. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwiefern und wie kurzfristig sich Unternehmen und Investoren von der politischen Dynamik der Partnerschaft überzeugen lassen und mit konkreten Beteiligungen oder eigenen Projekten einsteigen.

Gemeinsam für regionale Sicherheit

Vor dem Hintergrund der turbulenten Nachbarschaft Jordaniens und damit einhergehender Sicherheitsrisiken für Jordanien wurde durch das Partnerschaftsabkommen auch eine intensivierte sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit vereinbart, die im Rahmen des Gipfeltreffens erneut bestätigt wurde. Das Abschlussdokument verweist unter anderem auf

Fortschritte in der EU-Unterstützung für die jordanischen Luftstreitkräfte im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität, mit finanzieller Unterstützung in Höhe von 35 Mio. EUR. Auf Basis dieser Unterstützung sollen die Luftabwehrkapazitäten Jordaniens verbessert und damit auch Jordaniens Beitrag zu regionaler Sicherheit gestärkt werden. Auch Fortschritte beim integrierten Grenzmanagement wurden als wichtige Meilensteine angeführt. In den kommenden Jahren soll die Zusammenarbeit in diesen Bereichen sowie hinsichtlich der Bekämpfung von Terrorismus und grenzübergreifender Kriminalität weiter ausgebaut werden.¹¹

Als konkreter nächster Schritt wurde die Schaffung eines *EU-Jordan Security and Defence Dialogue* verkündet, der bereits im Februar 2026 erstmals abgehalten wird und die sicherheits- und verteidigungspolitische Abstimmung und Zusammenarbeit beider Seiten weiter vertiefen soll.

Symbolischer Etappenschritt für die EU-Jordanien-Beziehungen

Während die euphorische Berichterstattung einiger jordanischer und internationaler Medien die Relevanz des ersten bilateralen Gipfeltreffens überbewertet mag, war der Gipfel nichtsdestotrotz ein positives Signal für die vertiefte Partnerschaftsdynamik seit Abschluss der Strategischen und Umfassenden Partnerschaft vor einem Jahr. Die Bemühungen der EU um diese Partnerschaft können als Anerkennung der zentralen Rolle Jordaniens für die regionale Sicherheit und Stabilität gesehen werden und des strategischen Interesses der EU, Jordanien als verlässlichen Partner in dieser Rolle zu unterstützen, indem sie zur politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Stabilität Jordaniens beiträgt.

Mit dem Gipfeltreffen sollte diese strategische Bedeutung weiter unterstrichen und die begonnene Intensivierung der Partnerschaft nachhaltig vorangetrieben werden. So soll die Partnerschaft nach den Ankündigungen und Planungen nun in eine intensivierte Umsetzungsphase übergehen.

¹⁰ Directorate-General for the Middle East, North Africa and the Gulf: Factsheet: Taking stock on the EU-Jordan Strategic and Comprehensive Partnership, 08.01.2026, in: <https://north-africa-middle-east->

gulf.ec.europa.eu/factsheet-taking-stock-eu-jordan-strategic-and-comprehensive-partnership_en [19.01.2026].

¹¹ Ebd.

Neben konkreten Projekten sowie den angekündigten hochrangigen Konferenzen in den Bereichen Investitionsförderung und Sicherheitskooperation im Jahr 2026 soll mittelfristig das nächste EU-Jordanien-Gipfeltreffen im Jahr 2028 in Brüssel stattfinden und dann erneut die Möglichkeit zur Bestandsaufnahme bieten. Angesichts der geringen Vorlaufzeiten scheint die Durchschlagskraft einiger der angekündigten nächsten Schritte, allen voran hinsichtlich der Mobilisierung privatwirtschaftlicher Investitionen, zumindest fraglich. Mit dem Gipfeltreffen setzten beide Seiten aber das klare Signal, dass es am politischen Willen für die Partnerschaft nicht mangelt.

Für die EU bietet die Partnerschaft mit Jordanien auch eine Möglichkeit, sich stärker als bisher als relevanter Akteur in der Region des Nahen Ostens zu positionieren – insbesondere angesichts der zunehmenden Unberechenbarkeit der US-amerikanischen Außenpolitik. Während nicht erwartet werden kann, dass die EU in der Region

damit in punkto Einfluss in absehbarer Zukunft an die USA oder regionale Schwergewichte wie Saudi-Arabien heranreichen kann, so bietet sich in der aktuellen geopolitischen Lage nichtsdestotrotz eine Chance, sich verstärkt als verlässlicher Partner für wirtschaftliche Entwicklung und regionale Sicherheit ins Spiel zu bringen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Veronika Ertl

Leiterin des Länderbüros Jordanien

Europäische und internationale Zusammenarbeit

www.kas.de/jordan

veronika.ertl@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)